

Pressekonferenz von Walter Hallstein (1. Juli 1965)

Quelle: HALLSTEIN, Walter. Europäische Reden. OPPERMANN, Thomas (Hrsg.). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1979. 707 S. ISBN 3-421-01894-4.

Urheberrecht: Walther Peter Hallstein, Europäischen Reden

(c) 1979 Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart

URL: http://www.cvce.eu/obj/pressekonferenz_von_walter_hallstein_1_juli_1965-de-e435954a-8ee2-4946-9a8f-a581af9a23c0.html

Publication date: 24/10/2012

Zur Lage nach der »Krisensitzung« des Ministerrates

Meine Damen und Herren, ich begrüße Sie sehr herzlich zu dieser Pressekonferenz. Über den Anlaß dieser Konferenz brauche ich nicht viel Worte zu machen.

Welches ist die Lage? Es ist uns in den wenigen Sitzungsperioden, die dafür zur Verfügung standen, nicht gelungen, eine Entscheidung des Rates über die Vorschläge zu erreichen, die die Kommission in der Frage des Finanzierungsreglements gemacht hat. Der Anlaß für die Debatte des Rats über das Finanzierungsreglement war das Auslaufen einiger Bestimmungen am gestrigen Tage, so daß sich die Notwendigkeit einer Verlängerung ergab. Die Kommission hat, wie Sie wissen, Vorschläge gemacht, die im wesentlichen vier Komplexe umfassen:

1. die Vollendung des Gemeinsamen Marktes;
2. die Vergemeinschaftung von Einnahmen, die anlässlich der Einfuhren in den Gemeinsamen Markt an der Grenze erhoben werden, genauer gesagt: Abschöpfungen und Zölle;
3. die mehr technischen, aber materiell natürlich außerordentlich bedeutsamen Fragen der Finanzierung der Agrarpolitik selbst – der zentrale Gegenstand des Themas also – und
4. endlich die Verstärkung der budgetären Befugnisse des Europäischen Parlaments.

Die Lage, die eingetreten ist, hat zwei Seiten. Eine prozedurale Seite und eine materielle Seite. Ich spreche von der materielle Seite zuerst, natürlich nicht, um Ihnen hier nun jeden Teil des Verhandlungsstandes mitzuteilen, aber um Sie doch sehen zu lassen, wie die Kommission in bezug auf die sachliche Frage die Lage beurteilt und die Ergebnisse der bisherigen Arbeiten würdigt.

In bezug auf das erste Thema, nämlich die Frage der Vollendung des Gemeinsamen Marktes, waren erhebliche Fortschritte zu verzeichnen. Man ist verhältnismäßig schnell im Rat zu dem Ergebnis gekommen, daß es äußerst wünschenswert ist, den Gemeinsamen Markt – und zwar den allgemeinen Gemeinsamen Markt, also sowohl seinen Landwirtschaftsteil wie seinen Industrieteil – am 1. Juli 1967 zu vollenden. Dafür sind – und darüber war man sich klar – noch eine Anzahl von Bedingungen zu erfüllen:

– im landwirtschaftlichen Teil die Schaffung einer Anzahl von Marktordnungen und die Fixierung einer Reihe von Preisen für landwirtschaftliche Produkte;

– im industriellen Teil ebenfalls eine Anzahl von Elementen, die nach einer mindestens verbreiteten Auffassung ebenfalls dazugehören, wenn man von einer Vollendung des industriellen Marktes sprechen will.

Ich rechne dazu die Dinge, die wir in der Initiative 1964 in der Kommission zusammengefaßt haben, und deren Verwirklichung wir bis zum 1. Juli 1967 vorgeschlagen haben. Dazu gehören also zum Beispiel die Sicherung des Wegfalls der Steuergrenzen, auch gewisse Fragen, die die Handelspolitik betreffen, das Zollrecht und die Zollverwaltung.

Die Diskussion war soweit gediehen, daß zwar keine Übereinstimmung über jedes Detail festgestellt werden konnte, aber doch eine gewisse freundliche Orientierung auf der Linie der Vorschläge der Kommission festzustellen war. Was die Vergemeinschaftung der Einnahmen anlangt, so bestand über das Prinzip, daß es zu einer Vergemeinschaftung von Einnahmen, und zwar nicht nur der Abschöpfungen, sondern auch der Zölle kommen sollte, ebenfalls Übereinstimmung. Wie sich das Prinzip ausdrücken sollte, darüber bestand noch keine Übereinstimmung, also ob das zum Beispiel nur in Form einer Absichtserklärung geschehen sollte. Auch bestand keine Übereinstimmung darüber, daß ein bestimmtes Datum für diese Vergemeinschaftung der Zölle vorgesehen werden soll.

Was das dritte Thema anlangt – die Einzelheiten der Finanzierungsverordnung –, so haben sich in der letzten

Phase der Verhandlungen, das heißt gestern nacht, noch eine ganze Anzahl von Fragen ergeben, zum Teil auch von neuen Sachfragen, die neu studiert werden müssen. Sie hängen mit der Möglichkeit zusammen, die Finanzierung von der Entwicklung der Importe abhängig zu machen. Ich will jetzt dieses Detail nicht vertiefen, denn es ist hier nicht zu Schlüssen gekommen, sondern nur zu dem allgemeinen Eindruck, daß hier doch noch einiges überdacht werden muß.

Was die letzte Frage anlangt, die Frage des Parlaments und seiner Befugnisse in bezug auf die Haushaltsprobleme, so ist es nicht zu einer eigentlichen Diskussion dieses Problems gekommen. Es stand zufällig an letzter Stelle in den Dokumenten, die die Basis für die Unterhaltung geliefert haben, und man hat die Diskussion darüber nicht mehr mit derselben Intensität vertieft, wie das in bezug auf die andern Punkte geschehen ist.

Soviel – sehr skizzenhaft – zu dem Sachstand in bezug auf die materielle Seite der Problematik.

Was die Verfahrensseite anlangt, so haben sich alle Beteiligten die ehrliche Mühe gegeben, noch gestern und bis heute früh, zu einer Einigung über die Gesamtheit dieser Probleme zu kommen. Dies ist aber nicht gelungen. Es ist deshalb nicht gelungen, weil – und das ist eine persönliche Würdigung, die ich dem Verhandlungsstand zuteil werden lasse – man den Zeitbedarf, der für diese Einigung notwendig war, unterschätzt hat. Ich würde sagen, wenn ich versuche, eine quantitative Schätzung der Fortschritte vorzunehmen, daß man sich etwa in der Mitte des Weges befand, der insgesamt in der Verhandlung durchlaufen werden mußte, um tatsächlich in diesen Fragen zu einer Übereinstimmung zu kommen.

Ich fasse also zusammen: man ist zu einer Einigung nicht gekommen, aber es ist auch nicht möglich, auf Grund des Verhandlungsstandes, so wie er sich heute morgen darbot, die Feststellung zu treffen, daß eine Einigung über die Punkte, die zur Diskussion standen, unmöglich ist.

Vielmehr bietet die Verhandlungslage genügend Chance dafür, daß bei einer Fortsetzung der Verhandlungen innerhalb nicht allzu langer Zeit die Fragen gelöst werden können. Ich möchte nicht mißverstanden werden, meine Damen und Herren: Ich sage nicht, daß die Gewißheit besteht, daß man sich bei einer Fortsetzung einigen wird. Das kann niemand sagen, denn zu einer Einigung gehört die Zustimmung aller sechs Partner, und ich kann natürlich keine Bürgschaft dafür übernehmen, daß jeder dieser Partner in allen Fragen seine Interessen so sehr befriedigt finden wird, daß er zustimmen wird. Ich kann nur sagen, daß nach dem Gesamteindruck dieses Verhandlungsstandes, nach der Natur der Fragen, nach der Richtung, die die Diskussion genommen hatte, und nach dem Geist, in dem diese Verhandlungen geführt wurden, diese Chance gegeben war und gegeben ist. Und deshalb würde ich es für die richtige Konsequenz in dieser Lage halten, daß man in der Tat – wie das ja auch früher geschehen ist – die Uhr anhält, zusammenbleibt und weiter über die Dinge spricht.

Wir haben, wie Sie alle wissen, ein berühmtes Vorbild in der Geschichte unserer Gemeinschaft, als wir vor einigen Jahren den Beschluß zu fassen hatten, ob die Bedingungen dafür erfüllt seien, daß man von der ersten Phase der Übergangsperiode in die zweite Phase übergang. Damals waren wir in der entscheidenden Nacht in einer Lage, die derjenigen vergleichbar ist, die wir jetzt hatten. Unsere französischen Freunde hatten damals eine Reihe von Wünschen angemeldet, über die sie noch eine Diskussion wünschten und hinsichtlich derer sie noch Befriedigung wünschten. Sie haben damals darum gebeten, daß man die Verhandlungen nicht abbricht in jener Nacht, sondern daß man sie noch eine Zeitlang fortsetzt. Wir haben die Verhandlungen danach um 14 Tagen verlängert und sind in der Tat zu Einigungen gekommen. Wir haben das getan, obwohl der Termin, um den es sich damals handelte und der überschritten wurde, sogar ein Termin war, der im Verträge festgehalten war. Ich sage das nicht, um damit irgendeine Geringschätzung zum Ausdruck zu bringen gegenüber der Tatsache, daß das gegenwärtige Finanzierungsreglement eine zeitliche Fixierung für eine neue Entscheidung enthält. Ich zolle dieser Datierung für die Erlangung der Einigkeit über das neue Finanzierungsreglement allen Respekt. Aber es kann ja vorkommen, daß man sich in bezug auf die Kalkulation des notwendigen Zeitbedarfs verschätzt hat. Der Rat, der diese Finanzverordnung erlassen hat, in der dieser Termin steht, ist natürlich durchaus Herr darüber, sich von dieser Selbstbindung zu befreien und sich noch etwas Zeit zu nehmen.

Ich schließe, meine Damen und Herren, indem ich noch sage, daß die Kommission selbstverständlich mit der allergrößten Aufmerksamkeit diesen Verhandlungen gefolgt ist. Sie hat sich in jeder ihrer Phasen die Frage vorgelegt, was sie tun kann, um die Verhandlungen zu fördern. Im gegenwärtigen Augenblick beginnt die Kommission noch einmal mit einem Studium der Gesamtheit des Dossiers. Das heißt, sie überprüft noch einmal ihre eigenen Vorschläge unter dem Gesichtspunkt, ob wir etwa im Lichte dessen, was wir an Stellungnahmen der Ratsmitglieder gehört haben, veranlaßt sind, diese Vorschläge zu verändern, also Anregungen für die endgültige Einigung zu machen. Wir haben darüber noch nicht beschlossen. Aber ich sehe voraus, daß die Kommission zu dem Schluß kommen wird, daß sie jedenfalls einen solchen Vorschlag, einen neuen Vorschlag, in Erwägung ziehen wird. Das ist es, was ich zur Einleitung zu sagen habe, und nun erwarte ich Ihre Fragen.

Herr Präsident, der französische Außenminister hat in der vorigen Nacht erklärt, daß Frankreich aus der nunmehr entstandenen Lage seine Konsequenzen ziehen werde. Inzwischen hat der französische Sprecher erklärt, daß Frankreich fürs erste nicht mehr an Sitzungen des Gemeinsamen Marktes teilnehmen werde. Können Sie hierzu Stellung nehmen?

Die Teilnahme an den Sitzungen des Rats ist selbstverständlich eine Entscheidung, die jede Regierung für sich treffen muß. Der Vertrag enthält eine Anzahl von Bestimmungen, die darüber befinden, welche Bindungen erfüllt sein müssen, damit der Rat beschlußfähig ist. Wenn ich mich recht erinnere, können bei Abwesenheit eines Mitglieds einstimmige Entscheidungen nicht stattfinden.

Darf ich eine Zusatzfrage stellen?

Herr Präsident. Sie kamen eben auf die Rolle der Kommission während der letzten Nacht zu sprechen. In Beobachterkreisen ist der Eindruck entstanden, daß die Kommission den Augenblick versäumt haben könnte, angesichts der sich als prekär herausstellenden Lage eine eigene Initiative zu dem Zeitpunkt in der vergangenen Nacht zu ergreifen, die vielleicht zu einem Ausweg geführt hätte. Können Sie dazu Stellung nehmen?

Diese Frage verneine ich. Wenn wir dieser Auffassung gewesen wären, hätten wir eingegriffen, wobei wir uns zunächst darüber verständigen müssen, was unter Eingreifen zu verstehen ist. Die Kommission hat unablässig in die Verhandlungen eingegriffen, denn das Gespräch um den Tisch des Rates ist immer nicht nur ein Gespräch zwischen den sechs Ratsmitgliedern, sondern auch mit der Kommission. Die Kommission hat sich ständig in dieses Gespräch eingeschaltet und hat insofern im Laufe der Diskussion ihren Beitrag zur Förderung der Diskussion geleistet.

Die Frage, von der ich eben gesprochen habe, betrifft etwas anderes. Sie ist eine Frage, ob wir etwas Zusammenfassendes zu der Gesamtsituation sagen. Dafür war bis jetzt die Situation nicht reif, weil, wie ich Ihnen dargestellt habe, noch nicht einmal die Gesamtheit der vier großen Probleme, die zur Diskussion standen, erörtert worden war. Ich habe Ihnen ja gesagt, daß beim dritten Punkte nach meiner Zählung – das ist die Finanzierung – die Dinge bereits aufgehalten wurden durch die Feststellung, daß in diesem Punkte heute nacht eine Einigung nicht zu erreichen war.

Herr Präsident, würden Sie ein juristisches Urteil darüber abgeben, welche Situation entsteht, falls Frankreich wirklich beschließt, an den Ministerratstagungen nicht mehr teilzunehmen? In welcher technischen Sackgasse befindet sich die EWG dann, ich meine, hört dann alle Arbeit auf oder ist es doch noch möglich, bestimmte Dinge, die automatisch erledigt werden müssen, auszuführen? Ich bitte Sie also um ein Urteil über Art, Größe und Umfang der Krise, in der wir uns im Augenblick befinden.

Ich halte es der Entwicklung der Verhandlungen nicht für förderlich, daß ich diese Frage beantworte, denn das wichtigste, das wir zu tun haben, und das, was sich die Kommission unter allen Umständen zum Ziel gesetzt hat, ist jeder Dramatisierung der Lage vorzubeugen. Wenn ich mich jetzt hypothetisch darüber auslasse, was geschehen würde, wenn diese oder jene tiefer in das Leben der Gemeinschaft eintretende Maßnahme erfolgte, würde ich, glaube ich, diesem Zweck zuwiderhandeln. Ich bitte Sie sehr herzlich, diese Grundhaltung der Kommission zu verstehen.

Gestern stellte ein Journalist Herrn Couve de Murville eine Frage. Er fragte, ob man den Kalender anhielte wie 1961? Herr Couve de Murville antwortete hierauf: Aber die Lage ist heute völlig anders. Ich wiederhole meine Frage: Und wenn man nun den Kalender anhielte?

Entschuldigen Sie die Zwischenfrage: Welchen Kalender von 1961?

Der Kalender ist angehalten worden, diesen Ausdruck gebrauchte man seinerzeit. Er wurde auf den 14. Januar verschoben. Herr Couve de Murville hat gesagt: Die Lage ist heute völlig anders, weil man seinerzeit den Eindruck hatte, daß man noch zu einem Ergebnis kommen könnte. Wenn aber diesmal keine Rede davon ist, daß man noch zu einem Ergebnis gelangen kann, so braucht man nicht den Kalender zu verschieben. Dies widerspricht jedoch eher den Äußerungen, die Sie soeben machten.

Ich habe schon geantwortet auf diese Frage. Ich habe schon unzweideutig gesagt, daß meines Erachtens die Verhandlungslage die Fortsetzung der Verhandlungen nahelegt und daß eine genügende Chance dafür vorhanden ist, daß man sich bei Fortsetzung der Verhandlungen einigt. Infolgedessen bin ich der Auffassung, daß das Anhalten der Uhr die richtige Verhaltensweise sein würde in diesem Augenblick.

Ja, aber Herr Couve de Murville hat gesagt, er wolle den Kalender nicht anhalten, weil dies seiner Ansicht nach nicht möglich sei.

Ja, ich habe Sie verstanden, aber es ist doch erlaubt, verschiedener Meinung zu sein.

Das ist völlig unvereinbar mit dem, was Sie sagen.

Nein, es ist das Gegenteil von dem. Aber ich denke, Sie wollen hier meine Meinung hören.

Herr Präsident, wird die Kommission bei den Schwierigkeiten zwischen den Mitgliedstaaten mit einigen bilateralen Gesprächen noch vor einer weiteren Ratssitzung vermitteln?

Ich schließe das nicht aus. Die Kommission wird jede Anstrengung unternehmen, um die Gemeinschaft aus dieser Situation herauszuführen. Das ist die Pflicht der Kommission. Die erste Pflicht der Kommission ist es, Hüter des Vertrages zu sein und das gute und fruchtbare Funktionieren der Gemeinschaftsinstitutionen sicherzustellen. Jedes Mittel, das einen Erfolg in dieser Richtung verspricht, wird natürlich von der Kommission ergriffen werden.

Glauben Sie, daß jemand das Recht hätte, mit der Lähmung der Gemeinschaft zu drohen, einfach weil man über die Finanzregelung zu keiner Einigung gelangt ist?

Das ist wieder eine von diesen abstrakten Fragen, auf die ich nicht antworte. Bisher hat niemand das Funktionieren oder den Bestand der Gemeinschaft bedroht. Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen. Das ist eine sehr schlechte Politik.

Herr Präsident, ist die Bereitwilligkeit der Kommission, ihre Vorschläge jetzt zu revidieren, wenn ich Sie jetzt recht verstanden habe, nicht das Eingeständnis, daß diese Vorschläge von Anfang an etwas zu gewagt waren?

Erstens kann ich Ihnen noch nicht sagen, ich habe es ja vorhin deutlich genug gesagt, daß die Kommission ihre Vorschläge ändern wird. Nicht wahr, ich habe nur gesagt, daß sich die Kommission mit dieser Frage beschäftigen wird.

Zweitens: Immer liegt in den Vorschlägen der Kommission, die sie macht, das Risiko, daß sie nicht den Beifall aller Regierungen finden. Wir haben für viele Vorschläge die Zustimmung aller Regierungen gefunden; für eine große Anzahl von wichtigen Fragen die Zustimmung einer Mehrheit der Regierungen und für andere Aspekte unserer Vorschläge die Zustimmung nur von Minderheiten oder gar keine Zustimmung.

Das liegt in der Natur dieser Vorschläge. Weil das so ist, gibt der Vertrag der Kommission das Recht, einmal gemachte Vorschläge während des Beratungsprozesses zu ändern. Und deshalb hat die Kommission dieses im Vertrag verankerte Recht zur ständigen Praxis erhoben.

Sie wissen aus dem Leben unserer Gemeinschaft: es ist die Regel, daß im Verlauf der Ratsberatungen die Kommission ihre Vorschläge ändert, wenn sie dadurch die Chance der Erreichung eines gemeinsamen Ergebnisses steigert. Das tun wir oft, aber nicht etwa aus dem Gefühl heraus, daß das, was wir in Abänderung vorschlagen, besser ist. Sehr oft sind wir der Meinung, daß das, was wir zuerst vorgeschlagen haben, immer noch die beste Lösung bleibt, doch im Leben erreicht man nicht immer die beste Lösung, die man haben will, und man erreicht sie nicht immer zu der Zeit, zu der man sie erreichen möchte. Deshalb haben wir uns immer Flexibilität vorbehalten.

Unsere Vorschläge sind in sich geschlossene Vorschläge. Ich will jetzt nicht ein neues Plädoyer für sie halten, aber ich darf Ihnen sagen, daß die Anerkennung dessen, daß diese Vorschläge ein in sich kohärentes, organisches und logisches Ganzes darstellen, im Ministerrat fast allgemein gewesen ist. Vielfach lag die Differenz darin, daß man sagte, für diesen oder jenen Punkt ist der Zeitpunkt der Entscheidung noch nicht gekommen, so richtig auch die Überlegung der Kommission ist.

Herr Präsident, aus sehr zuverlässigen Quellen erfuhren wir letzte Nacht, daß Sie tatsächlich das Angebot machten, die Kommissionsvorschläge zu ändern, wenn auch nicht während der offenen oder der geheimen Sitzung, und daß Herr Couve de Murville diesen Schritt abgelehnt hatte. Würden Sie sich bitte dazu äußern?

Es hat eine Diskussion darüber gegeben, ob die Ratsmitglieder, das heißt der Rat in seiner Gesamtheit, die Kommission einladen sollte, neue Vorschläge zu machen. Über diesen Vorschlag hat es keine Einstimmigkeit im Rat gegeben. Das ist alles, was ich sagen kann.

Herr Präsident, befürchten Sie angesichts dieser Situation Rückwirkungen für die am 16. September im GATT beginnenden Landwirtschaftsgespräche?

Ich hoffe, daß es keine Rückwirkungen dieser Art geben wird.

Herr Präsident, welcher der vier Punkte hat nach Ihrer Meinung in erster Linie zu dem Mißerfolg von heute nacht geführt, und wollen Sie uns bitte sagen, wie zu diesem Punkte das Verhältnis zwischen den sechs Ländern war?

Zu Ihrer zweiten Frage darf ich Ihnen nichts sagen, denn Sie wissen, daß nach der Geschäftsordnung des Ministerrats die Beratungen geheim sind. Ich weiß, daß Sie sehr viel schon wissen und ich infolgedessen kein Geheimnis mehr brechen würde, aber ich muß mich an dieses Prinzip halten. Ich würde sagen, daß Ihre erste Frage, ich bitte um Entschuldigung – es klingt wie eine Kritik Ihrer Frage – unbeantwortbar ist. Wenn wir nämlich zur Einigung über das Finanzierungsreglement die Einigung über sechzig Punkte brauchen, und es ist über ich weiß nicht wieviel Punkte davon keine Einigung erzielt worden, ist es eine völlig müßige Frage, welche davon die wichtigste ist. Auch die Einigung über einen einzigen, über den letzten Punkt ist notwendig, um zur Gesamteinigung zu kommen. Nicht wahr, es ist ein Prinzip dieser Verhandlungen, daß man zwar »Zwischeneinigungen« vollzieht, aber diese »Zwischeneinigungen« unter der Bedingung stehen, daß man sich über das Ganze einigt. Das ist in jeder Konferenz so, nicht wahr, und auch die kleinen Punkte, über die man sich nicht geeinigt hat, halten demnach die Unterschrift unter das Gesamtpaket auf.

Herr Präsident, halten Sie die Darstellungen von französischer Seite für berechtigt, daß es dem Ministerrat in seiner Gesamtheit an Einigungswillen gefehlt habe?

Sie werden es mir erlauben, nicht auf die Frage zu antworten, ob ich die Erklärung irgendeines Mitglieds des Ministerrats für richtig oder falsch halte. Ich möchte nicht die Äußerungen, die ich hier mache, personalisieren. Ich kenne diese Äußerungen nicht – nicht wahr, ich war nicht Zeuge von diesen Äußerungen. Ich will daher nur über den objektiven Teil Ihrer Frage etwas sagen.

Hat es den Mitgliedern des Ministerrats am Einigungswillen gefehlt? Das ist nicht meine Meinung. Ich habe es vorhin schon in meinen einleitenden Worten gesagt: Ich habe den Eindruck, daß alle sich angestrengt haben, zu einer Lösung dieses Problems zu kommen. Aber das Problem ist schwierig, es ist vielschichtig, es ist, wie wir wissen, verbunden mit einer Fülle anderer Probleme, die bei dieser Gelegenheit miterledigt werden müssen, und man hat es eben nicht geschafft. Der Gang der Verhandlungen hat mir gezeigt, daß in der Tat ein Wille da war, graduell Schritt für Schritt das Terrain der Uneinigkeit zu vermindern und sich immer mehr dem »hard core« zu nähern und zu einer Gesamteinigung zu kommen.

Herr Präsident, sind Sie nicht der Meinung, daß hier jetzt zwei grundsätzlich verschiedene Konzeptionen über die europäische Einigung aufeinanderstoßen und daß wir deshalb die tiefste Krise erleben seit 1958?

Herr Metzemaker, Sie wissen, daß ich große Worte nicht liebe. Ich liebe das Wort Krise nicht. Wir haben sehr viele schwierige Situationen gehabt. Ich liebe große Worte nicht. Ich habe zweitens gesagt – und ich bitte mir das zu glauben –, daß ich mir vorgenommen habe – das war übrigens das einzige, was ich mir vorgenommen habe, außer die Wahrheit zu sagen, als ich in diese Konferenz mit Ihnen ging –, daß ich durch kein Wort, das ich sage, dazu beitragen will, daß eine Krisenstimmung entsteht oder verstärkt wird.

Tatsache ist, daß sich bei den Verhandlungen der Einzelpunkte der Tagesordnung, das heißt der einzelnen Elemente, aus denen sich die vier großen Fragegruppen zusammensetzen, Schwierigkeiten ergeben. Ich halte es der Entwicklung unserer Gemeinschaft für nicht zuträglich, wenn ich mich jetzt in Spekulationen darüber einlasse, ob die Zustimmung oder Nichtzustimmung dieser oder jener Regierungen zu diesem oder jenem Detail im letzten Grunde motiviert war durch Divergenzen tiefergehender Art über die Ideologie, die große Politik, die Struktur unserer Gemeinschaft. Deshalb bitte ich zu verstehen, wenn ich zu einer solchen Frage nichts weiter sage.

Herr Präsident, was halten Sie von der Wahrscheinlichkeit einer Ministersitzung vor dem 26. Juli, und wird die Kommission irgend etwas tun, damit eine solche Sitzung vor diesem Zeitpunkt einberufen wird?

Ich würde es begrüßen, wenn eine solche Sitzung vorher stattfände, aber ich habe nicht den Eindruck, daß dies eine reale Chance ist. Ich hoffe mich zu täuschen mit dieser Voraussage.

Herr Präsident, Sie sagen, daß die Kommission diese Vorschläge gemacht hat. Nun zeigt sich, daß in diesem Punkt vor dem 30. Juni niemals eine Einstimmigkeit hätte erreicht werden können. Sie sagen nun jetzt, daß Sie vielleicht eine gewisse Elastizität an den Tag legen wollen. Hat diese Elastizität nicht zu lange auf sich warten lassen? Und kann diese Verspätung nicht als Grund für die eben ausgebrochene Krise betrachtet werden?

Ich würde gerne die Schuld für die Tatsachen, daß es heute nacht nicht gelungen ist, zu einer vollen Einigung zu kommen, auf die Kommission nehmen. In diesem Falle wäre die Lösung dieser Situation sehr leicht, und dann wäre sie noch heute nacht um drei Uhr herbeigeführt worden durch die Kommission. Die Tatsache, daß die Kommission sich darauf beschränkt hat, in jeder Phase dieser Verhandlungen, zu jedem Punkte zu intervenieren, bei dem sie eine Notwendigkeit dafür für gegeben sah, dagegen nicht formell ihre Vorschläge geändert hat, hat nach meiner Überzeugung keinerlei Einfluß auf den negativen Ausgang dieser Phase der Gespräche über die Verhandlungsgegenstände gehabt.

Herr Präsident, der ehemalige Ratspräsident Couve de Murville hat gestern auf seiner Pressekonferenz gesagt, daß es keinen Sinn mehr hat, noch weitere Sitzungen des Agrarrats anzusetzen. Wird die Kommission es dabei lassen, daß sämtliche vorgesehenen Sitzungen des Agrarrats aufgeschoben werden?

Ich glaube, das ist eine Frage, mit der sich in erster Linie der neue Ratspräsident zu beschäftigen hat, denn es ist seine Verantwortung, für den Ablauf der vorgesehenen Sitzungen zu sorgen. Es ist offengeblieben gestern, ob die für den 12./13. vorgesehene Sitzung des Agrarrats stattfindet oder nicht, und man hat sich halb ausdrücklich, halb stillschweigend damit abgefunden, daß das eine Sorge ist, mit der der neue Ratspräsident fertig werden muß.

Herr Präsident, durch die Anwendung welcher konkreter Methoden könnte man nach Ihrer Meinung die gegenwärtige Situation verbessern?

Durch eine Fortsetzung des Gesprächs.

Und wie kann man das erreichen?

Dadurch, daß alle sich damit einverstanden erklären. Die Kommission hat dafür geworben, und zwar sehr eindringlich.

Herr Präsident, da nach Ihrer Auffassung Aussichten für eine Einigung vorhanden gewesen sind, verstehen wir nicht recht, weshalb man sich auf unbestimmte Zeit vertagt hat, weshalb kein Termin festgesetzt wurde.

Ich kann Ihnen auf diese Frage auch keine Antwort geben.

Herr Präsident, ich hätte gern gewußt, welche objektiven Rechte nach dem Vertrag von Rom ein Mitgliedstaat hat, der sich durch die Nichteinhaltung eines in einer Verordnung festgesetzten Termins verletzt fühlt? Hat dieser nach dem Vertrag Rechte die er ausüben könnte?

Nein. Sanktionen gibt es nicht. Das ist einer der Gründe, weshalb ich immer für die Fortsetzung der Gespräche bin, die Fortsetzung des Gesprächs ist das geeignete Mittel.

Herr Präsident, vor der letzten Nacht und schon bei der vorletzten Ratssitzung entstand in Kreisen der Partner Deutschlands und Frankreichs aufgrund der deutsch-französischen Abstimmungen, die stattgefunden haben in Bonn und Paris, der Eindruck, daß dies nicht dem Prinzip der gemeinsamen Prüfungen von Gemeinschaftsfragen entspreche und daß dadurch die Gefahr bestehen könnte, daß sich Deutschland und Frankreich einem Alleingang hingegeben hätten. Teilen Sie diese Meinung?

Nein.

Ich glaube, die luxemburgische Regierung hat im Laufe der Verhandlungen vorgeschlagen, die einzelnen Vorschläge der Kommission, die eine Revision der Vertragsartikel beinhalteten, sollten vertagt werden auf die Diskussion oder die Verhandlung über die Verschmelzung der drei Europaverträge, um, wenn Sie so wollen, die allgemeine Zustimmung zu erleichtern. Was halten Sie von dieser Lösung?

Ich halte diesen Vorschlag für sehr interessant, für würdig, geprüft zu werden.

In dem Rechtsstreit zwischen Frankreich und der EWG-Kommission über die Auslegung der Verordnung Nr. 25 ist Frankreich der Auffassung, eine Verpflichtung sei nicht eingehalten worden. Sie dagegen glauben, daß dies nicht stimmt, weil alle Parteien bereitwillig waren. Konnte dieser Rechtsstreit nicht dem Gerichtshof in Luxemburg vorgelegt werden?

Nein, weil der Europäische Gerichtshof in Luxemburg ja nicht das tun kann, was dem Rat heute nacht nicht gelungen ist, nämlich das neue Finanzierungsreglement zu verabschieden. Es besteht selbstverständlich – ich habe es ja vorhin gesagt – eine juristische Verpflichtung, diesen Termin einzuhalten. Es ist dies aber eine juristische Verpflichtung, wie ich vorhin gesagt habe ohne juristische Sanktionen. Wenn wir etwa jetzt weitergetagt hätten und wären morgen abend oder am nächsten Dienstag zu einem Ergebnis gekommen, dann würde deshalb, weil wir das Ergebnis fünf Tage später oder zehn Tage später oder 14 Tage später erreicht haben, das Finanzierungsreglement nicht ungültig gewesen sein.

Es besteht kein Streit darüber und es bestand auch im Rat kein Streit darüber, daß eine echte Verpflichtung aller Beteiligten besteht, den Termin einzuhalten. Es ist nicht so, daß es etwa nur fünf Beteiligten nicht gelungen ist, den Termin einzuhalten gegenüber dem französischen Antragsteller, sondern es ist allen sechs nicht gelungen. Alle sechs haben Anstrengungen unternommen und alle sechs müssen feststellen, ohne daß man identifizieren kann, an welchem es im Einzelfall liegt, daß es ihnen allen zusammen nicht gelungen ist.

Ich weiß, es hat keinen Zweck, Schuldfragen aufzuwerfen, aber wenn man es wollte, würde man sagen, wenn es eine Schuld wäre, was, wie ich gesagt habe, es nicht ist – ich habe ja allen Regierungen bescheinigen müssen, daß sie mit Eifer und Ernst nach einer Lösung des Problems gesucht haben –, dann ist es eine Schuld des Rates.